Datenschutzhinweise

Fassung 7 · gültig ab 01.11.2026

1. Verantwortliche

Verantwortlich nach Art. 4 Nr. 7, Art. 13 DSGVO ist die Kanzlei: Rechtsanwalt Alexander Grollmann, Einzelanwalt, Kaiserstr. 171, 53113 Bonn, E-Mail: kanzlei@privatinso.com. Sie betreibt die Plattform (Registrierung, Nutzerkonto, Unterlagen-Upload, technischer Betrieb, Sicherheit) und führt darüber Ihr Mandat (Beratung, Einigungsversuch, Gläubigerkommunikation, Antrag, Termine, Rechnungen).

Betreiber der Plattform ist Rechtsanwalt Alexander Grollmann, Kaiserstr. 171

53113 Bonn, vertreten durch [noch nicht hinterlegt], E-Mail: kanzlei@privatinso.com. Plattformbetrieb und Mandatsführung liegen bei derselben juristischen Person beziehungsweise Sozietät. Sie ist damit ein einziger Verantwortlicher. Eine gemeinsame Verantwortlichkeit nach Art. 26 DSGVO besteht nicht, denn dieselbe Person kann nicht mit sich selbst Zwecke und Mittel gemeinsam festlegen. Auch der KI-Dienstleister ist nicht mitverantwortlich: Er arbeitet nur nach meinen Weisungen als Auftragsverarbeiter (Ziffer 5).

53113 Bonn, vertreten durch [noch nicht hinterlegt], E-Mail: kanzlei@privatinso.com.

Im Folgenden steht „der Betreiber“ für die Plattform und „ich“ für die Bearbeitung eines Mandats. „Ich“ ist die Kanzlei.

2. Zwecke, Datenkategorien, Datenquellen und Rechtsgrundlagen

Der Betreiber verarbeitet personenbezogene Daten, die Sie bei der Registrierung und Nutzung der Plattform bereitstellen. Ich verarbeite die Daten, die Sie mir bei einer Kontaktaufnahme oder im Rahmen eines Mandats bereitstellen. Hierzu gehören insbesondere Stamm- und Kontaktdaten, Zugangsdaten, Kommunikationsdaten sowie Angaben zu Ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Situation. Dazu können Daten zu Einkommen, Ausgaben, Vermögen, Gläubigern, Verbindlichkeiten, Verträgen, Konten, Unterhaltspflichten und Haushaltsverhältnissen gehören. Verarbeitet werden außerdem hochgeladene Unterlagen, etwa Kontoauszüge, Mahnungen und Bescheide, sowie Termin-, Zahlungs- und Rechnungsdaten.

Die Verarbeitung erfolgt, um ein Nutzerkonto bereitzustellen und die Plattform zu nutzen, Anfragen zu bearbeiten und zu kommunizieren, Termine zu vereinbaren, eine Beauftragung anzubahnen oder abzuwickeln sowie ein Mandat zu bearbeiten. Im Mandat kann dies insbesondere die Erstellung oder Vorbereitung von Unterlagen zur Schuldenbereinigung und für einen Verbraucherinsolvenzantrag umfassen. Soweit erforderlich, verarbeitet der Betreiber technische Nutzungs- und Protokolldaten zur Gewährleistung der Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Plattform.

Soweit ich personenbezogene Daten nicht unmittelbar bei Ihnen erhebe, können diese insbesondere aus Unterlagen stammen, die Sie mir zur Verfügung stellen oder die im Rahmen eines Mandats von Gläubigern, deren Vertretern, Behörden oder sonstigen Stellen übermittelt werden. Dies gilt jeweils nur, soweit die Übermittlung und Verarbeitung für die Bearbeitung des jeweiligen Anliegens oder Mandats erforderlich ist.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung zur Registrierung, Plattformnutzung, Kommunikation, Terminvereinbarung, Anbahnung und Durchführung eines Mandats sowie zur Zahlungsabwicklung ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. b DSGVO. Soweit die Verarbeitung zur Erfüllung rechtlicher Pflichten erforderlich ist, ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c DSGVO Rechtsgrundlage. Soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden, erfolgt dies nur, soweit eine Voraussetzung nach Art. 9 Abs. 2 DSGVO vorliegt.

Soweit Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. f DSGVO verarbeitet werden, geschieht dies zur Gewährleistung der IT-Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit und Stabilität der Plattform, zur Verhinderung und Aufklärung von Missbrauch sowie zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Diese Zwecke sind zugleich die berechtigten Interessen des jeweils Verantwortlichen. Dabei werden nur die Daten verarbeitet, die für den jeweiligen Zweck erforderlich sind.

Kontaktformular: Schreiben Sie mir über das Kontaktformular, verarbeite ich Ihren Namen, Ihre E-Mail-Adresse und Ihre Nachricht, um Ihre Anfrage zu beantworten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. b DSGVO, soweit Ihre Anfrage einen Vertrag mit mir anbahnt oder betrifft, im Übrigen Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. f DSGVO; mein berechtigtes Interesse ist, Anfragen zu beantworten. Die Plattform speichert Ihre Nachricht nicht. Sie geht nur per E-Mail an mich und an niemanden sonst. Zum Schutz vor Missbrauch hält die Plattform 1 Stunde lang Ihre IP-Adresse und einen Prüfwert Ihrer E-Mail-Adresse fest, nicht die Adresse selbst, und zählt damit, wie oft geschrieben wurde; danach werden beide gelöscht (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. f DSGVO). Die E-Mail mit Ihrer Nachricht bewahre ich auf, solange ich sie für Ihre Anfrage brauche; wird daraus ein Mandat, gilt Ziffer 9.

3. Schnellcheck und P-Konto-Rechner

Den Schnellcheck können Sie ohne Konto nutzen. Ihre Angaben dort (etwa Einkommen, Schulden, Unterhaltspflichten, Zahlungslage und Vermögen) verarbeitet der Betreiber, um Ihnen die Einschätzung anzuzeigen (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. b DSGVO).

Legen Sie danach ein Konto an, übernimmt der Betreiber Ihre Angaben aus dem Schnellcheck nur, wenn Sie bei der Registrierung das Häkchen „Meine Angaben aus dem Schnellcheck in mein Konto übernehmen.“ setzen. Ohne dieses Häkchen wird nichts übernommen. Zweck der Übernahme ist der Abgleich mit Ihren Unterlagen: Ergeben diese ein anderes Bild, werden Sie darauf hingewiesen. Rechtsgrundlage ist Ihre Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a DSGVO); Sie können sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die übernommenen Angaben werden bis zur Löschung Ihrer Mandantendaten gespeichert.

Auch den P-Konto-Rechner können Sie ohne Konto nutzen. Die Zahl Ihrer Unterhaltsberechtigten und Ihr Kindergeld verarbeitet der Betreiber, um Ihnen den Freibetrag anzuzeigen (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. b DSGVO). Beide Angaben liegen nur in Ihrer Sitzung; dauerhaft werden sie nicht gespeichert. Beantragen Sie danach die Bescheinigung und legen ein Konto an, übernehme ich beide Zahlen in Ihren Auftrag und in die Bescheinigung.

Jede angezeigte Einschätzung hält der Betreiber zusammen mit den Angaben, auf denen sie beruht, ohne Ihren Namen fest, damit er später nachweisen kann, was angezeigt wurde (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. f DSGVO). Dieser Nachweis enthält keine Kennung Ihrer Sitzung, nur die dafür nötigen Angaben. Er wird 3 Jahre nach Ende des Jahres gelöscht, in dem die Einschätzung angezeigt wurde.

4. Technisch notwendige Cookies

Auf der Plattform werden ausschließlich technisch notwendige Cookies eingesetzt, die zur Bereitstellung der Plattform, zur Aufrechterhaltung Ihrer Sitzung und zur Absicherung der Anmeldung erforderlich sind. Tracking-, Analyse- oder Werbe-Cookies werden nicht eingesetzt.

Die Cookies werden grundsätzlich mit Ende der Sitzung gelöscht. Eine Verarbeitung zu Werbe- oder Analysezwecken findet nicht statt. Drittanbieter-Skripte werden nicht eingesetzt.

5. Automatische Auswertung durch einen KI-Dienstleister

Für die automatische Auswertung setze ich einen KI-Dienstleister mit Sitz in der Europäischen Union als Auftragsverarbeiter ein. Der KI-Dienst verarbeitet die hochgeladenen Unterlagen und Gläubigerkommunikation zur automatisierten OCR- und Texterkennung, Dokumenten- und E-Mail-Klassifizierung, Extraktion und Plausibilisierung insolvenzbezogener Angaben sowie zur Erstellung von Entwurfstexten für die anwaltliche Prüfung und Bearbeitung, nicht jedoch zur eigenständigen Rechtsberatung oder abschließenden Entscheidung.

Mit dem KI-Dienstleister besteht ein Auftragsverarbeitungsvertrag nach Art. 28 Abs. 3 DSGVO. Er verarbeitet die Daten nur nach meinen Weisungen und bestimmt keine eigenen Zwecke und Mittel. Ich setze ihn unter den Voraussetzungen des § 43e BRAO ein; er ist zur Verschwiegenheit verpflichtet (§ 203 StGB). Personenbezogene Daten werden nicht zum Training allgemeiner Modelle verwendet. Den konkreten Dienstleister nenne ich Ihnen auf Anfrage im Rahmen Ihres Auskunftsrechts (Art. 15 DSGVO).

Der KI-Dienst trifft keine rechtlichen Entscheidungen, erbringt keine Rechtsberatung und trifft keine Bonitätsentscheidung. Die rechtliche Prüfung und alle Entscheidungen treffe ich als Rechtsanwalt. Eine ausschließlich auf automatisierter Verarbeitung beruhende Entscheidung, die rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in vergleichbarer Weise erheblich beeinträchtigt, findet nicht statt.

6. Termine und Kalender

Buchen Sie ein Gespräch, trage ich den Termin mit Ihrem Namen und dem gewählten Gesprächsweg (Telefon oder Videoanruf) in meinen Kalender ein. Weitere Angaben zu Ihrem Fall stehen dort nicht. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. b DSGVO. Sagen Sie den Termin ab, wird der Eintrag entfernt.

Wählen Sie ausdrücklich einen Videoanruf über WhatsApp, verarbeitet WhatsApp Ireland Ltd. als eigener Verantwortlicher Ihre Verbindungsdaten; dabei kann eine Übermittlung in die USA stattfinden (Angemessenheitsbeschluss EU-US Data Privacy Framework, Art. 45 DSGVO). Bei Telefon oder einem anderen Weg findet keine Übermittlung statt.

7. Daten anderer Personen

In Ihren Unterlagen stehen oft auch Daten anderer Personen, etwa von Gläubigern und deren Vertretern, Ihrem Arbeitgeber, Ihrem Vermieter, Ihren Kindern oder Ihrem Ehe- oder Lebenspartner. Diese Daten verarbeite ich nur, soweit sie für Ihren Einigungsversuch und Ihren Antrag erforderlich sind (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c und f DSGVO in Verbindung mit § 305 Abs. 1 InsO).

Angaben zu Ihrem Ehe- oder Lebenspartner frage ich nur ab, wenn Sie die Stundung der Verfahrenskosten beantragen, weil der amtliche Vordruck danach fragt. Laden Sie dafür bewusst einen Nachweis zum Einkommen Ihres Partners hoch, wird daraus nur gelesen, ob Ihr Partner arbeitet; Beträge daraus werden Ihnen nicht vorgeschlagen. Ihr Partner erhält von Ihnen ein Informationsblatt über die Verarbeitung seiner Daten.

Haben Sie versehentlich eine Unterlage hochgeladen, die einer anderen Person gehört, und bestätigen Sie das, wird sie aus der Auswertung genommen und gelöscht. Es bleibt nur ein Vermerk, dass und wann sie gelöscht wurde. Werte aus solchen Unterlagen werden Ihnen nicht vorgeschlagen.

Die betroffenen Personen haben die Rechte nach Ziffer 11 und 12. Sie können sich dafür an den jeweils Verantwortlichen wenden (Ziffer 1).

8. Empfänger und Drittlandübermittlungen

Personenbezogene Daten können, soweit dies für die jeweiligen Zwecke erforderlich ist, an Kategorien von Empfängern übermittelt werden, insbesondere an Hosting- und Speicherdienstleister, den KI-Dienstleister nach Ziffer 5, E-Mail- und Kommunikationsdienstleister, Zahlungsdienstleister sowie an Gläubiger, deren Vertreter, Behörden oder sonstige Stellen. Dies erfolgt nur, soweit es im Rahmen eines Mandats, aufgrund gesetzlicher Pflichten oder auf Veranlassung der betroffenen Person erforderlich ist. Soweit Dienstleister weisungsgebunden tätig werden, setzt der jeweils Verantwortliche sie als Auftragsverarbeiter auf Grundlage von Vereinbarungen nach Art. 28 DSGVO ein.

Die eingesetzten Dienstleister haben ihren Sitz in der Europäischen Union und verarbeiten die Daten innerhalb der Europäischen Union; eine Übermittlung oder ein Zugriff aus einem Drittland, insbesondere den USA, findet nicht statt, sofern und solange dies durch dokumentierte Prüfung und vertraglich-technische Maßnahmen gewährleistet ist, außer im Fall eines WhatsApp-Gesprächs (Ziffer 6). Die konkreten Empfänger nenne ich Ihnen auf Anfrage im Rahmen Ihres Auskunftsrechts (Art. 15 DSGVO).

9. Speicherdauer

Personenbezogene Daten werden nur gespeichert, solange dies für die jeweiligen Verarbeitungszwecke erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen. Daten eines Nutzerkontos werden für die Dauer der Nutzung und des Bestehens des Nutzerkontos gespeichert, soweit keine frühere Löschung möglich oder erforderlich ist. Kommunikations-, Termin-, Zahlungs- und Rechnungsdaten werden gespeichert, soweit dies für die Bearbeitung, Abwicklung und Dokumentation des jeweiligen Vorgangs erforderlich ist.

Daten, die im Zusammenhang mit einem anwaltlichen Mandat verarbeitet werden, werden für die Dauer des Mandats und darüber hinaus nach Maßgabe der jeweils geltenden anwaltlichen, steuerlichen und handelsrechtlichen Aufbewahrungsfristen gespeichert. Hochgeladene Unterlagen und die daraus gewonnenen Angaben werden gelöscht, sobald sie für den jeweiligen Verarbeitungszweck nicht mehr erforderlich sind, sofern keine Aufbewahrungspflicht oder ein berechtigtes Interesse an einer weiteren Speicherung besteht. Eine längere Speicherung erfolgt insbesondere, soweit dies zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. Für den Schnellcheck und für Unterlagen anderer Personen gelten die Fristen in Ziffer 3 und 7.

Die Handakte bewahre ich 6 Jahre auf. Die Frist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat endete (§ 50 Abs. 1 Satz 3 BRAO). Danach werden Ihre Daten gelöscht, soweit keine andere Pflicht entgegensteht.

Rechnungen und ihre Belege bewahre ich 10 Jahre ab Ende des Kalenderjahres der Rechnung auf. Gesetzlich verlangt sind 8 Jahre (§ 147 Abs. 3 Satz 1 AO, § 14b Abs. 1 UStG). Länger als gesetzlich verlangt bewahre ich sie auf, weil die Aufbewahrungsfrist nicht endet, solange die Festsetzungsfrist für Steuern läuft, die auf die Rechnung entfallen (§ 147 Abs. 3 Satz 5 AO), und diese Festsetzungsfrist länger laufen kann.

Protokolle der Anmeldung (Zeitpunkt, E-Mail-Adresse, IP-Adresse und Browserkennung bei einem Anmeldeversuch sowie Ereignisse der Zwei-Faktor-Anmeldung) speichert der Betreiber zur Sicherheit der Konten (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. f DSGVO). Sie werden 2 Jahre nach dem Eintrag gelöscht.

Zur Sicherheit der Plattform wird auch festgehalten, wann das technische Betreiberkonto eine Seite der Verwaltungsoberfläche aufruft (Konto, Methode, Seite und Zeit, keine Inhalte). Diese Einträge werden ebenfalls 2 Jahre nach dem Eintrag gelöscht. Erledigte Hintergrundaufgaben der Plattform (nur Kennungen und Status, keine Inhalte) werden nach 90 Tagen gelöscht (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. f DSGVO).

10. Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung der Daten, die für die Registrierung, Nutzung der Plattform, Bearbeitung einer Anfrage oder Durchführung eines Mandats erforderlich sind, ist notwendig. Ohne diese Daten können die jeweiligen Funktionen, die Kommunikation oder die Bearbeitung des Mandats nicht oder nur eingeschränkt erbracht werden. Freiwillige Angaben müssen nicht bereitgestellt werden.

Datenschutzbeauftragte(r) der Kanzlei: nicht benannt.

11. Ihre Rechte

Sie haben nach Maßgabe der gesetzlichen Voraussetzungen das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch gegen Verarbeitungen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e oder f DSGVO (siehe Ziffer 12). Eine erteilte Einwilligung können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Ihr Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO) umfasst eine Kopie Ihrer personenbezogenen Daten. Sie erhalten dazu eine lesbare Übersicht Ihrer Angaben sowie Kopien der Urkunden, denen Sie zugestimmt haben, Ihrer Mails und Ihres Antrags. Angaben zu anderen Personen, etwa zu Ihrem Partner, werden nur herausgegeben, soweit deren Rechte nicht überwiegen (Art. 15 Abs. 4 DSGVO); im Zweifel sind sie geschwärzt.

Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an den jeweils Verantwortlichen (Ziffer 1). Sie haben außerdem das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren. Die für die Kanzlei zuständige Aufsichtsbehörde ist: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf. Für den Betreiber ist die Aufsichtsbehörde an seinem Sitz zuständig. Sie können sich auch an die Aufsichtsbehörde Ihres gewöhnlichen Aufenthaltsorts wenden.

12. Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Der jeweils Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Eine Verarbeitung zum Zweck der Direktwerbung findet nicht statt. Den Widerspruch können Sie formlos an den jeweils Verantwortlichen richten, zum Beispiel per E-Mail an kanzlei@privatinso.com (Kanzlei) oder kanzlei@privatinso.com (Betreiber).

Stand: 01.11.2026